

Verfahrenskosten

Wenn ein Bürger Klage vor Gericht erheben oder eine Gerichtsentscheidung vollstrecken lassen möchte, muss er sich über die Verfahrenskosten in dem betreffenden Mitgliedstaat informieren können.



Die Prozesskosten in Zivil- und Handelssachen bestimmen sich nach innerstaatlichem Recht; für die Kosten gibt es keine Harmonisierung auf europäischer Ebene und damit fallen von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedliche Kosten an.

Eingehende Informationen zu den Verfahrenskosten in den einzelnen Mitgliedstaaten sowie zu mehreren im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführten Fallstudien erhalten Sie durch Anklicken der entsprechenden Fahne in der rechten Seitenleiste.

Wenn Ihre Finanzmittel nicht reichen, um die Kosten eines Gerichtsverfahrens zu bestreiten, können Sie [Prozesskostenhilfe](#) beantragen.

Zusätzliche Informationen können Sie der beigefügten Studie (nur in englischer und französischer Sprache verfügbar) entnehmen, in der beschrieben wird, wie sich die Kosten für einen Zivilprozess in den Mitgliedstaaten im Einzelnen zusammensetzen. In diesem Zusammenhang wurde Folgendes untersucht:

- der Anteil der einzelnen Kostenfaktoren an den Gesamtkosten des Zivilprozesses
- die Kosten, die für die Prozessparteien in den einzelnen Mitgliedstaaten anfallen, im Vergleich
- die Unterschiede hinsichtlich Art und Höhe der anfallenden Kosten
- die Frage, inwieweit mehr Transparenz bei den Prozesskosten und geringere Unterschiede in Bezug auf die Art und Höhe der Kosten verbesserte Zugangsmöglichkeiten zu den Gerichten schaffen können
- Empfehlungen für denkbare Aktionen auf der EU-Ebene, möglicherweise durch Einführung von Mindeststandards, um den Zugang zu den Gerichten durch größere Kostentransparenz in Zivilsachen zu erleichtern
- die Zusammenhänge im Allgemeinen zwischen den Gerichtskosten und dem Zugang der Bürger zu den Gerichten, sofern von Belang, und
- die speziellen Probleme, die im Zusammenhang mit grenzübergreifenden Rechtsstreitigkeiten auftreten.

Die Studie stellt eine Momentaufnahme der Situation in der Europäischen Union im Dezember 2007 dar.

Dokumente zum Thema

[Studie zur Kostentransparenz von Zivilprozessen in der EU – englische Sprachfassung](#)

[Studie zur Kostentransparenz von Zivilprozessen in der EU – französische Sprachfassung](#)

[Anhang 1: Ergebnisse der öffentlichen Fragebogenaktion](#)

[Länderbericht - Belgien](#)

[Länderbericht - Bulgarien](#)

[Länderbericht - Tschechische Republik](#)

[Länderbericht - Dänemark](#)

[Länderbericht - Deutschland](#)

[Länderbericht - Estland](#)

[Länderbericht - Irland](#)

[Länderbericht - Griechenland](#)

[Länderbericht - Spanien](#)

[Länderbericht - Frankreich](#)

[Länderbericht - Italien](#)

[Länderbericht - Zypern](#)

[Länderbericht - Lettland](#)

[Länderbericht - Litauen](#)

[Länderbericht - Luxemburg](#)

[Länderbericht - Ungarn](#)

[Länderbericht - Malta](#)

[Länderbericht - Niederlande](#)

[Länderbericht - Österreich](#)

[Länderbericht - Polen](#)

[Länderbericht - Portugal](#)

[Länderbericht - Rumänien](#)

[Länderbericht - Slowenien](#)

[Länderbericht - Slowakei](#)

[Länderbericht - Finnland](#)

[Länderbericht - Schweden](#)

[Länderbericht - Vereinigtes Königreich](#)

Diese Seite wird von der Europäischen Kommission verwaltet. Die Informationen auf dieser Seite geben nicht unbedingt den offiziellen Standpunkt der Europäischen Kommission wieder. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.

Letzte Aktualisierung: 18/01/2019